

NR.  
28

Februar 2020

KOMMUNALE INITIATIVE KITZINGEN

## Mit Energie in die Zukunft

### Denken • Planen • Machen

Deshalb **Liste KIK** wählen!

### Stadtratswahl am 15. März 2020

## Klimawandel

## Herausforderung Infrastruktur - KIK fordert Energienutzungskonzept

**Die Bundesregierung hat nun endlich entschieden: Deutschland soll bis spätestens 2038 die Stromversorgung aus Stein- und Braunkohle beenden. Dies gibt allen Beteiligten – Bürgern, Industrie und Gewerbe, Kommunen und Energieversorgern – Planungssicherheit.**

### Gewaltiger Umbruch

Neben dem Ausstieg aus Atomstrom jetzt also auch ein Ende der Kohleverstromung: Die Gesellschaft und damit auch die Kommunen stehen vor einem gewaltigen Umbruch, auf den sie sich jetzt vorbereiten müssen. Es wurde berechnet, dass die kommunalen Energieversorger rund 7 Milliarden Euro allein in die Digitalisierung ihrer Verteilnetze stecken müssen, um die Stromflüsse aus den verschiedenen Energiequellen sinnvoll lenken zu können.

Auch die Stadt Kitzingen müsste sich jetzt zusammen mit der LKW und darüber hinaus auch mit dem Landkreis daran machen, einen Plan zum Umbau der Infrastruktur zu erstellen. Es müssen in diesem Zusammenhang viele Fragen beantwortet werden, die bis in den Wohnungs- und Hausbau und die Verkehrspolitik reichen.

Wo erlaubt bzw. schreibt die Stadt Kitzingen zukünftig die Anbringung von PV-Anlagen vor (Überarbeitung von Bebauungsplänen und Kommunalvorschriften)? Wird es solarthermisch gespeiste kommunale Wärmenetze z.B. in Neubaugebieten geben? Gibt es Flächen, um die dafür notwendigen Solarkollektoren aufzustellen? Dafür vorgesehene Flächen sind festzuschreiben und frei zu halten. Welche weiteren Nahwärme-Konzepte, z.B. Power-to-Heat lassen sich verwirklichen? Ist ein Zubau von Windrädern

möglich und wo? Wann kommt der Umstieg auf Elektrobusse? Wieviel Strom muss für die individuelle E-Mobilität (öffentlich und zuhause) zur Verfügung gestellt werden und reichen dafür die Stromleitungskapazitäten und Verteilerpunkte aus? Der Aufgabenkatalog ist lang und muss immer weiter fortgeschrieben werden.

Fest steht auch: Die regionale Strom- und Wärmeerzeugung wird neben energieeffizientem Bauen und Sanieren eine zentrale Rolle spielen, d.h. es muss so viel erneuerbare Energie wie möglich vor Ort produziert werden.

### KIK fordert Energienutzungsplan

Mit dem Antrag Nr. 178 wollte die Kommunale Initiative Kitzingen die Erstellung eines Energienutzungsplanes für die Stadt Kitzingen erwirken. Eine damit verbundene Analyse des Ist-Zustandes des Energieverbrauchs und der Einsparpotentiale, Ermittlung von vorhandenen und zukünftig möglichen Flächen zur Energiegewinnung, auch in Kooperation mit anderen Gemeinden u.v.m. hätte Klarheit in vielen Punkten und somit eine zukunftsweisende Entscheidungshilfe bringen sollen.

Die Stadtratsmehrheit konnte sich aber nicht für diesen KIK-Antrag erwärmen und lehnte ihn ab. Jedoch: Ob die Damen und Herren wollen oder nicht – sie werden sich in der nächsten Zeit mit dem Thema „Zukunftsweisende regionale Energiepolitik und entsprechende Anpassung der Infrastruktur“ befassen müssen. Große Veränderungen stehen vor der Tür!

### Die KIK meint:

**Packen wir's an, je früher desto besser!**



### Einsatz Regenerative Energie

### KIK fordert Informationsveranstaltung

Auch wenn der Stadtrat dem Antrag Nr. 178 der KIK zur Erstellung eines Energienutzungsplanes nicht folgte, so fand immerhin ein anderer KIK-Antrag (Nr. 179) auf Abhaltung einer öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema „Möglichkeiten des Einsatzes regenerativer Energien in Kitzingen“ einstimmige Zustimmung.

Noch vor der Sommerpause 2020 will die Stadt eine solche Veranstaltung durchführen und alle interessierten Bürger dazu einladen.

Mit großer Beharrlichkeit verfolgt KIK seit Jahren diese Thematik, damit endlich auch die Stadt Kitzingen die Vorteile des Einsatzes von erneuerbaren Energien verinnerlicht und zusammen mit der LKW auf eine zukunftssträchtige Energiepolitik umschwenkt.

## Gewerbegebiete: Devise Flächen sparen



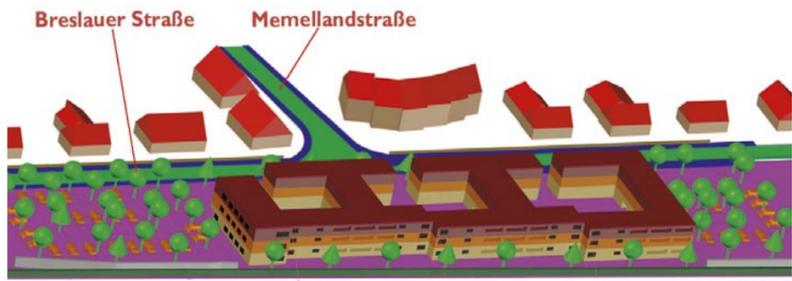
**Nicht nur in den Außenbereichen unserer Städte, auch an fast jedem Dorfrand wuchern unansehnliche Gewerbegebiete nahezu ungebremst vor sich hin.**

Was dabei auffällt ist, dass es sich dabei fast ausschließlich um eingeschossige Hallen oder Flachbauten handelt. Hier gilt es in Zukunft sparsamer mit der zur Verfügung stehenden Fläche umzugehen. Dafür gibt es selbstverständlich kein Patentrezept, denn jeder Betrieb hat spezifische Bedarfe und benötigt entsprechende Lösungen. Aber es sollte ein gemeinsames Anliegen von Kommune und Gewerbetreibenden sein mit der Ressource Land so sorgfältig wie möglich umzugehen.

### Parkplatz-Sharing

Experten, die sich mit dieser Materie beschäftigen, schlagen beispielsweise vor, dass sich Betriebe Parkplatzflächen teilen oder zusammen ein Parkdeck errichten. „Standortgemeinschaften“ ist in diesem Zusammenhang ein neues Schlagwort. Auch müssen Betriebsgebäude nicht immer nur eingeschossig sein. Büros, Labore o.ä. können durchaus auch in einem ersten Stockwerk untergebracht werden, bei geplanten Erweiterungen ist so evtl. auch eine Aufstockung des bestehenden Gebäudes eine Option. Die Kommune sollte durch entsprechende baurechtliche Festlegungen eine intensivere Grundstücksausnutzung ermöglichen.

# Vorwärts wir blasen zum Rückmarsch Neubau Breslauer Straße nicht zukunftsweisend



Bundesstraße 8

Plan des Neubaus in der Breslauer Straße

Die Mietshäuser der städtischen BauGmbH, die in der Breslauer Straße neu entstehen werden, sind nach Meinung der KIK nicht zukunftstauglich gestaltet, was die Nutzung regenerativer Energien betrifft.

Wenn ab dem Jahr 2020 dort 59 neue Wohnungen gebaut werden, dann sollte man doch davon ausgehen, dass die Stadt Kitzingen bei einem solch großen Eigenprojekt vorangeht und forciert, dass die verfügbaren Techniken zur Gewinnung regenerativer Energien eingesetzt werden, um den zukünftigen Energieverbrauch so gering wie nur möglich zu halten und damit gleichzeitig den Geldbeutel der Mieter zu schonen. Jedoch ...

## Bebauungsplan moniert

Die Kommunale Initiative Kitzingen beanstandete mit einer Eingabe bei der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes, dass hierin keine Art von innovativer Energiegewinnung vorgeschrieben wird.

**Zitat:** „Nach Durchsicht des Bebauungsplan-Entwurfes 034 >Breslauer Straße< vom 25.6.2018 ist zu konstatieren, dass die Belange des Klimaschutzes nicht in ausreichendem Maß Berücksichtigung finden.

Ziel der deutschen Klimaschutzverpflichtung – der auch Kommunen unterliegen – ist es eine massive Reduzierung des herkömmlichen Energieverbrauches herbeizuführen. Gerade in den Festsetzungen von Bauleitplanungen hat die Stadt Kitzingen die Verpflichtung – neben einer energiesparenden Bauweise – durch den bestmöglichen Einsatz von energieeffizienter Technologie den Klimaschutz voranzubringen. ... Auch wenn die Stadt bis heute keine klare Zielsetzung in Sachen Klimaschutz und Energieeffizienz für die bauliche und energetische Entwicklung im Stadtgebiet aufgestellt hat, so sollte sie für diese Bauleitplanung die EU-Richtlinie 2010/31/Eu respektieren, die ab 31.12.2020 die öffentliche Hand verpflichtet nur noch Niedrigstenergiegebäude zu erstellen sowie den Klimaschutz und Klimaanpassung verbindlich umzusetzen.“

## KIK-Einwendung abgelehnt

Der Einwendung der KIK wurde nicht stattgegeben. Da halfen auch keine Beispiele aus anderen Städten, die bei Neubauten bereits den Einsatz moderner Energietechnik vorschreiben.

Unter >Erschließung und Versorgung< ist im neuen Bebauungsplan lediglich festgelegt, dass „die Versorgung über das vorhandene Leitungsnetz vollzogen werden kann. Solarthermische und Photovoltaikanlagen sind zugelassen.“

## Schreit der Hahn vom Mist ... es bleibt alles wie es ist

Die städtische BauGmbH wird die neuen Wohneinheiten der Breslauer Straße in herkömmlicher Weise bauen und die Variante „Versorgung über das vorhandene Stromnetz“ anwenden. Es lebe die Innovationsstadt Kitzingen!

PS: Wenigstens steuert die LKW mit dem Bau eines Blockheizkraftwerkes dazu bei, dass Warmwasser und Heizung umweltbewusst produziert werden, wenn auch mit Erdgas als Energiequelle

Um umweltrelevante Themen in der Kitzinger Stadtratspolitik zu verankern, braucht die KIK Ihre Unterstützung. Wählen Sie die Liste KIK, damit wir stärker werden!

## FACHKOMPETENZ

Wenn – wie in der Breslauer Straße – Bäume gefällt, Hecken und Grünanlagen entfernt werden sollen, muss eine naturschutzrechtliche Überprüfung erfolgen. Die dafür beauftragten Fachleute berichteten im Stadtrat, dass auf dem Abrissgelände weder schützenswerte Eidechsen noch brütende Vögel beobachtet werden konnten.

## Wie sieht die Realität solcher Prüfungen aus?

Auf die Frage, wann diese Untersuchung denn stattgefunden hätte, erklärte die anwesende Fachfrau, dass die Begehung im Dezember durchgeführt worden wäre. Dezember? Wer hat im Dezember schon mal Eidechsen oder brütende Vögel beobachtet? Mitten im Winter?

## Stadtrat zahlt

Aber auch diesen kompletten Schwachsinn akzeptiert die Stadtratsmehrheit und zahlt die nicht unerhebliche Rechnung für das „Gutachten“. Dem Natur- bzw. Artenschutz wurde dem Buchstaben nach Genüge getan, ob das Ergebnis überhaupt stimmen kann, interessiert offensichtlich nicht.



## Was ist eine WallBox? Aufladen des E-Autos zu Hause

Eine Haushaltssteckdose reicht für das Aufladen eines Elektroautos meist nicht aus, weil sie nicht für eine solch hohe Belastung ausgelegt ist. Für diesen Zweck sollte man sich eine sog. „Wallbox“ installieren lassen. Damit kann man – laut LKW – auf eine Steckdosenleistung von 11 kW zurückgreifen und den Pkw in rund 3 Stunden aufladen. Voraussetzung: Die passende Infrastruktur muss vorhanden sein. Viele ältere Hausanschlüsse sind leider nicht auf den erhöhten Strombedarf von Elektroautos ausgelegt.

## WARUM NICHT SMART SEIN?

Das Dach des städtischen Wohnblocks in der Kanzler-Stürtzel-Straße Nr. 7 ist marode und muss erneuert werden. Deshalb findet dort eine Entmietung statt, um die umfangreichen Arbeiten ausführen zu können.

Die KIK regte in diesem Zusammenhang an, auf dem neuen Dach eine Photovoltaik-Anlage zur Stromgewinnung zu installieren. Dem Vorschlag wurde entgegengehalten, dass die Anbringung von PV-Anlagen nicht rentierlich sei.

## Was ist Mieterstrom?

Dieser Aussage widerspricht die Tatsache, dass sich bei entsprechender Recherche im Internet zuhauf Konzeptionen zur Gewinnung regenerativer Energien bei Wohnbauprojekten anderer Städte finden lassen, die hier versuchen fortschrittliche Wege zu beschreiben.



Ein Beispiel dafür ist die Gewinnung von sog. Mieterstrom. Dabei werden auf dem Dach PV-Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie montiert. Der produzierte Strom steht zunächst den Mietern für ihren Eigenverbrauch zur Verfügung. Was übrig bleibt wird ins allgemeine Netz eingespeist. Das Kitzinger Argument, dass hier die Abrechnung für die einzelnen

## E oder H<sub>2</sub>??

### Technologieoffene Weichenstellung notwendig?

Die E-Mobilität ist auch in Kitzingen angekommen. Inzwischen gibt es 12 öffentliche Ladestationen, die den bisher noch wenigen Besitzern von Elektroautos die notwendige Energie sogar kostenfrei bereitstellen.

Aber wie sieht die Zukunft der neuen CO<sub>2</sub>-armen Mobilität aus? Niemand vermag bisher sicher vorauszusagen, welche Antriebsarten sich für die verschiedenen Fahrzeuge von Pkw bis hin zu Bus und Lkw auf Dauer durchsetzen werden.

Während gegenwärtig für den Privatssektor die E-Mobilität stark gefördert wird, fährt das Bundesforschungsministerium gleichzeitig eine zweite Schiene und fördert die Entwicklung der Erzeugung von „grünem Wasserstoff (H<sub>2</sub>)“ und Brennstoffzellen. Dieses zweite Standbein ist besonders für den Schwerlast-, Schiffs- und Flugverkehr dringend nötig, es sollen aber auch wasserstoffbetriebene Pkws für die Langstreckenfahrer entwickelt werden.

Auch bei der Speicherung regenerativ erzeugter Energie wird Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen, Stichwort »Power-to-X«. Auch synthetische Kraftstoffe darf man nicht aus den Augen verlieren.

Mietparteien eine zu komplizierte Angelegenheit sei, ist sehr leicht zu widerlegen.

Denn mittlerweile gibt es auf dem Markt etliche Dienstleister, die sowohl die Installation, den Betrieb und auch die anschließende individuelle Abrechnung per smarter Zähler komplett übernehmen, d.h. die Stadt müsste sich um nichts kümmern, sondern nur den besten Anbieter auswählen.

## Warum nicht smart sein?

Die Stadt könnte dabei sogar auf die THÜGA, ihren Anteilspartner bei der LKW Kitzingen, zurückgreifen, denn die bietet mit ihrer Tochter THÜGA SmartService genau dies an.

## Zitat Webseite:

Durch MIETERSTROM der Thüga SmartService GmbH die Attraktivität von Immobilien erhöhen: Im Gebäude erzeugter Strom hilft Mietern und Vermietern dabei Geld zu sparen und gleichzeitig das Klima zu schützen.

Rund 3,8 Millionen deutsche Wohnungen sind laut Bundesregierung für Mieterstrom geeignet – besonders lohnt sich die Umsetzung in größeren Wohnhäusern. Denn durch den direkt in der Immobilie erzeugten Strom steigt die Attraktivität des Wohnraums, da den Mietern der Strom exklusiv zu besonders günstigen Konditionen angeboten werden kann.

## Kitzingen ist ewig gestrig

Warum also arbeitet die Stadt Kitzingen stets unter der Devise „Immer weiter so wie bisher“ und verschließt sich in vielen Dingen dem Fortschritt? Warum will man den Mietern in städtischen Häusern nicht die Möglichkeit eröffnen umweltfreundlich Geld zu sparen? Verständlich ist so eine Politik in Zeiten einer stets präsenten Klimadiskussion nicht. Es wird Zeit neue Wege zu beschreiten.

## Schwierige Entscheidung

Muss also der Ausbau von Wasserstofftankstellen und Elektroladestationen gleichermaßen erfolgen, um dem Bürger den Umstieg auf CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge überhaupt zu ermöglichen? Auch für die Ertüchtigung der städtischen Infrastruktur stellt sich diese Frage. Die Stadt Kitzingen und ihre Stadtwerke LKW stehen hier vor schwierigen Entscheidungen.

## Was tun?

Sicher ist nur, dass die Stadt Kitzingen in der Verpflichtung steht ihren Bürgern eine angemessene Infrastruktur für die Zukunft bereitzustellen. Dazu gehören bei der E-Mobilität nicht nur die öffentlichen Ladestellen, sondern vor allem auch die Möglichkeit die Batterie des Autos zuhause aufzuladen. Dahinter verstecken sich viele Herausforderungen: Kann man auf eine ausreichend dimensionierte Kabelstruktur zurückgreifen und wieviele zusätzliche Versorgungspunkte braucht Kitzingen eventuell?

## Die KIK meint:

Es ist höchste Zeit, dass Kitzingen einen Masterplan entwickelt, was von Seiten der Kommune geschehen muss, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

## Ein Niedrigstenergiegebäude

... ist ein Gebäude, das eine sehr hohe Gesamtenergieeffizienz aufweist. Der sehr geringe Energiebedarf sollte zu einem ganz wesentlichen Teil durch Energie aus erneuerbaren Quellen – wenn möglich am Standort – gedeckt werden. Etliche Städte und Gemeinden gehen bereits dazu über ihre Neubauten in diesem Sinne zu gestalten.

Andernorts in Bayern heimsen die Kommunen Staatspreise oder „European Energy Awards“ für vorbildliche Entwicklungen auf dem alternativen Energiesektor ein oder loben selbst Bürgerenergiepreise aus, um Anreize zu setzen für innovative Ideen und Projekte. In Kitzingen übt man sich dagegen in Enthaltbarkeit und will einfach kein Vorreiter sein.

**KIK wählen!**

Ministerium Themen Service Presse BMU durchsuchen

31.10.2018 | Themen  
Förderaufruf für Klimaschutz-Modellprojekte

Bundesumweltministerium sucht Projektideen / ab August 2019 können Projektskizzen eingereicht werden

In den Kommunen liegt der Schlüssel für mehr Energieeffizienz und zur Einsparung von Treibhausgasen. Um dieses große Potenzial nutzen zu können, unterstützt das Bundesumweltministerium die Kommunen mit der Neuauflage des Förderaufrufs für innovative Klimaschutz-Modellprojekte. Der Förderwettbewerb wird seit 2016 jährlich durchgeführt und soll nun in den Jahren 2019 und 2020 fortgesetzt werden. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: "In den drei ersten Runden des Förderaufrufs sind bereits über 30 innovative Projekte in ganz Deutschland gefördert worden. Diese Vorhaben zeigen, wie Klimaschutz durch den Einsatz neuester Technologien gelingen kann. Wir wollen innovative Ideen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auch weiterhin fördern. Deshalb führen wir den Förderwettbewerb auch in den Jahren 2019 und 2020 durch."

# MIT **ENERGIE** IN DIE **ZUKUNFT**



**Klaus D. Christof**  
Maler u. Bildhauer, Stadtrat



**Thomas Steinruck**  
Hochbauplaner, Stadtrat



**Wolfgang Popp**  
Studienrat i.R., Stadtrat



**Anna Schlöter**  
Rentnerin, Ortsteilsprecherin Sickershausen



**Renate Haaß**  
Filmemacherin



**Roland Gack**  
Förderlehrer



**Göker**  
Stadtratsbeobachter



**Dr. Martina Schuh**  
Innovationscoach



**Reinhard Knieß**  
Anwendungsentwickler i.R.



**Regina Popp**  
Fotografin



**Dero Omar**  
Zahnärztin



**Maja Fischels**  
Rentnerin



**Paul Steinruck**  
Landschaftsgärtner



**Nikola Bartsch**  
Kaufmännische Angestellte





## Wirtschaftliches Denken light

Der Kitzinger Wohnmobilplatz mit seinen 70 Stellplätzen hatte im Jahr 2018 zwischen April und Oktober eine durchschnittliche Auslastung von 50%. Im September stieg die Frequenz auf 74%. Aufgrund seiner Qualität und unbestritten schönen Lage rangiert unser mit 4 Sternen versehener Stellplatz unter dem Gütesiegel „TopPlatz“, das vom Verband der Wohnmobilstellen vergeben wird.

### Reisemobilisten als Wirtschaftsfaktor?

Schön, freut uns, könnte man sagen, dass der Kitzinger Stellplatz den Reisemobil-Touristen gefällt. Dennoch ist diese städtische Einrichtung mit einer Tagesgebühr von 8,- Euro wirtschaftlich gesehen von Beginn an defizitär, d.h. die Stadt zahlt seit 2011 drauf. Als Gegenargument wird regelmäßig angeführt, dass laut Studien jeder Wohnmobilstellplatz etwa 50 Euro pro Tag am jeweiligen Standort ausgibt und somit den Einzelhandel und die Gastronomie in Kitzingen belebt. Insider der Szene bestreiten die Zahl: Wohnmobilstellen wären eher für ihre Zurückhaltung beim Geldausgeben bekannt und reisten oft mit einem kompletten Selbstversorger-Warenlager an.

### Think big

Die Leiterin der Kitzinger Touristinfo sieht das vollständig anders und handelt nach dem Motto: Think big! Sie will die Stellplatzkapazität um 35 Stellplätze auf 105 erweitert wissen – die erste Kostenschätzung dafür liegt bei 420.000,- Euro. Stellt sich die Frage: Warum braucht man zusätzliche Stellplätze, wenn die bereits vorhandenen nur an wenigen Wochenenden in der Hochsaison ausgelastet sind?

Der Wunschcatalog ist aber noch umfassender. Neben der Sanierung der Sanitärcontainer und des Info-Pavillons (was unbestritten notwendig ist) sollen nun auch Waschmaschinen und Trockner zur Verfügung gestellt werden, obwohl die Mehrzahl der Mobil-Touristen vor allem Kurzreisen unternimmt. Darüber hinaus wünscht man sich, dass der Platz mit Outdoor-Sitzgelegenheiten im „Weinfassstil“, Sinnesliegen, Kräutergarten und sogar einem Schwimmteich, wenige Meter vom Main entfernt, versehen wird.

Somit würden sich die notwendigen Investitionen vermutlich verdoppeln.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit bleibt dabei außen vor. Wichtiger ist die Forderung des Wohnmobilstellen-Verbandes nach Bereitstellung von immer mehr Komfort- und Luxusangeboten, der damit die Kommunen vor sich her treibt und in Zugzwang versetzt, will man das Gütesiegel „TopPlatz“ nicht verlieren.

### Die KIK meint:

Bevor sich das Stadtratsgremium dazu hinreißen lässt für eine solch aufgeblähte Maßnahme grünes Licht zu geben, sollte es sich fragen, ob es tatsächlich notwendig ist sich mit seinem Wohnmobilstellplatz unbedingt im Premium-Segment bewegen zu müssen. Die dafür notwendigen Mittel würden an anderen wichtigeren Stellen schmerzhaft fehlen. In Zeiten, wo auf eine Kommune dauerhaft teure Herausforderungen zukommen wie z.B. der Anspruch auf Kinderbetreuung, Digitalisierung, Umbau der Infrastruktur im Hinblick auf E-Mobilität und Energieeffizienz u.v.m., ist der vorgestellte Ausbau des Wohnmobilstellplatzes wahrer Luxus, noch dazu für eine Luxus-Klientel.



Der Bolzplatz von Rot-Weiß hinter dem Kreisverkehr liegt direkt am Main und wird angeblich kaum genutzt. „Na prima“, könnte man sagen, „dann belassen wir das so und schaffen im Sinne des Naturschutzes für alles, was da so krecht und fleucht eine Brachfläche an dieser Stelle!“ Stattdessen soll das Gelände, das zudem noch von einem Bach durchzogen wird, für eine teure und nach Meinung der KIK unnötige Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes erhalten.



## Erfolg für die KIK

Die Forderung der KIK-Fraktion im Vergabeverfahren für die Sanierung der Dreifach-Turnhalle im Sickergrund den Einsatz regenerativer Energie einzuplanen, führte zum Erfolg.

### 50% Energieeinsparung

Zukünftig wird eine PV-Anlage dafür sorgen, dass die Stadt jährlich ca. 50% des Energiebedarfs selbst produzieren kann. Dazu gibt es noch eine kräftige staatliche Förderung. Der Einsatz der KIK hat sich also gelohnt.



## Wohnalternative: TinyHouse?

Es sieht aus wie eine Mischung aus Gartenhaus, Zirkuswagen oder mobilem Container. Solche Miniheime, auch TinyHouses genannt, sind der neueste Trend im Wohnbereich für minimalistisch und bewusst ökologisch orientierte Leute, die gerne allen unnötigen Ballast über Bord werfen und sich auf kleinster Wohnfläche von 20–30 m<sup>2</sup> einrichten wollen.

Was für die einen eine Befreiung von gesellschaftlichen Wohnnormen darstellt, wird aber auch als Ausweg aus der Wohnungsnot und den permanent steigenden Mieten propagiert.

Es ist sicherlich eine relativ preiswerte Alternative sich ein eigenes mobiles Wohnhaus anzuschaffen, mit dem man – wenn man will – auch örtlich ungebunden ist. Mit einer einmaligen Investition von 20.000 bis 40.000 Euro – je nach Größe und Ausstattung – wird man zum Besitzer eines TinyHouse. Die Nachfrage wächst daher, selbst in Deutschland.

Aber alles hat einen Haken. Anders als in den USA brauchen TinyHouses in Deutschland eine

Baugenehmigung. Die mannigfaltigen Auflagen und Regelungen des Baurechts lassen so manchen Traum vom Minieigenheim platzen (wer es nicht glaubt, sollte einmal im Kitzinger Bauamt nachfragen, welche Auflagen zu erfüllen wären). In Kitzingen fehlt es zudem an ausgewiesenen Grundstücken mit einer Wohnnutzungsgenehmigung und Straßen- und Infrastrukturanbindung. Nur unter diesen Voraussetzungen darf man als Hausbesitzer dort auch ganzjährig wohnen. Kurz gesagt, man muss ein Baugenehmigungsverfahren durchlaufen, ganz abgesehen davon, dass man erst einmal ein entsprechendes Stück Land haben müsste.

Bisweilen übernimmt aber ein engagierter Mitbürger diese Aufgabe, um sein Grundstück für eine Gruppe von TinyHouse-Enthusiasten genehmigen zu lassen, die dann an ihn Miete für ihren Stellplatz entrichten. So geschehen z.B. im Bayreuther Land.

PS: Auf dem Kitzinger Campingplatz sind zwei Exemplare zu bewundern!

## Liebe

### Wohnmobilstellen,

*ich sage Euch Ihr müsst Euch wehren gegen die Idee auf Wohnmobilstellen Waschmaschinen aufzustellen! Warum? Weil ich weiß wie Frauen ticken, denn ich bin selbst eine. Ich gebe Euch ein Beispiel: Meine Mutter war eine stolze Hausfrau, bei der kurz bevor in Urlaub gefahren wurde noch einmal eine große Putz- und Aufräumaktion anlief. Als Teenager sparte ich bei diesem Anblick nicht mit ätzenden Kommentaren wie: »Ja, ich weiß, Du willst, dass der Einbrecher nicht schlecht von dir denkt!« Meine Mutter antwortete: »Ich will, dass ich nach dem Urlaub in ein sauberes Heim zurückkomme und nicht gleich wieder loslegen muss.«*

*Wie das so ist ... die Kinderstube prägt einen, ob man es will oder nicht. Ich ertappe mich jetzt nach mehr als 40 Jahren dabei, dass mich manchmal der gleiche Gedanke überkommt, bevor es ans Verreisen geht.*

*Und genau so, liebe Wohnmobilstellen, wird es Euch ergehen. Die Vorstellung, dass Ihr es vermeiden könntet einen Berg Schmutzwäsche mit nach Hause zu bringen, wird Euch dazu verleiten ... im Urlaub zu waschen! Na herzlichen Glückwunsch – und vergesst das Bügeleisen nicht!*

## Auftrag erteilt

In der Sitzung vom 27.6.2019 beschloss der Stadtrat mehrheitlich (die KIK stimmte dagegen) einen Planungsauftrag für die Erweiterung des Mobilstellplatzes an ein Fachbüro zu erteilen. Kosten: rund 15.000 Euro.

Über die Realisierung der Maßnahme soll nach Vorliegen der Planung und der Gesamtkostenberechnung endgültig entschieden werden.



## Müllschweine oder was?



Wer regelmäßig Waldspaziergänge unternimmt weiß, dass man fast überall Säcke und Plastikbeutel mit Hausmüll findet.

### Warum tun Menschen das?

Wir haben eine perfekt funktionierende Müllabfuhr, jeder hat drei verschiedene Tonnen zuhause vor der Tür. Zudem gibt es den Wertstoffhof im ConneKT, wo man nahezu allen Abfall kostenlos abgeben kann. Was also bringt manche von uns dazu in den Wald zu fahren, um dort einen Saustall wie auf dem obigen Bild vom Giltholz zu hinterlassen? Eine Antwort darauf zu finden, fällt schwer.

### Tatort Containerstellplatz

Aber nicht nur im Wald wird Müll einfach mal so entsorgt. Auch an den Containerstellplätzen sieht es bisweilen aus, dass es einen nur so graust. In und zwischen den Sammelcontainern für Weißblech und Glas werden alle



Arten von Hausmüll, Kleider, ja sogar Fernseher deponiert. Die wenigsten wissen, dass die Firma, die die Container leert, sich damit nicht befasst. Hier müssen dann Mitarbeiter vom städtischen Bauhof die mehr als unappetitliche Müllhalde entsorgen auf Kosten der Stadt.

Viele Mitbürger, die umweltbewusst ihr Weißblech oder Altglas sammeln und zu den Containern bringen, regen sich tierisch darüber auf. Denn bei zu viel Verunreinigung ist auch das Recyceln nicht mehr gewährleistet. Eine Frage taucht in Gesprächen immer wieder auf: Kann die Stadt keine Kameras zur Überwachung der Plätze aufstellen, damit die Müllsünder identifiziert und mit einer Strafe belegt werden können?

# Flächen sparen Innenstadt als Wohnquartier beleben

**Momentan werden in Bayern für Siedlungen und Verkehr ca. 12 ha pro Tag versiegelt. Deshalb hat die bayerische Landesregierung eine „FlächenSpar-Offensive“ gestartet. Ziel ist es die Versiegelung neuer Flächen möglichst im Rahmen von 5 ha pro Tag zu halten.**

Das Mitwirken der Kommunen hinsichtlich ihrer Siedlungspolitik ist essentiell für das Erreichen dieser Richtschnur. Ein wichtiges Instrument dafür ist die sogenannte „Innenentwicklung“.

## Innen- statt Außenentwicklung

Auch die Stadt Kitzingen hat wie viele andere Kommunen mit der Verödung der Innenstadt zu kämpfen. Besonders augenmerklich ist eine ganze Anzahl von ungenutzten Geschäftsflächen. Sieht man sich jedoch genauer um, bemerkt man auch nicht wenige Leerstände im Wohnungsbereich. Diese gilt es zu erfassen und eine langfristige Strategie zu entwerfen wie sie einer erneuten Nutzung

zugeführt werden können. Statt am Stadtrand neue Wohngebiete auszuweisen und damit weitere Flächen zu versiegeln, muss zukünftig versucht werden die bereits bestehenden Gebäude mit neuem Leben zu erfüllen.

## Der Überblick fehlt

Ein erster Schritt wäre es sich mit einem Leerstandskataster einen Überblick zu verschaffen, wo eventuell besonders viel Wohnraum zu reaktivieren wäre. Mit der Ausweisung eines solchen Bereiches als Sanierungsgebiet könnte die Stadt versuchen dort bei jedem anstehenden Verkauf von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und die Immobilie zu erwerben. Es gilt aber zu beachten, dass in einer Stadt nicht nur Wohnraum im Hochpreissegment entstehen darf.

## Ideen muss man haben

Eine interessante Idee stammt in diesem Zusammenhang aus Belgien, wo heruntergekommene

oder leer stehende Häuser gekauft, saniert und anschließend weiterverkauft werden. Der Clou aber ist, dass dabei das Grundstück im Besitz der Stadt verbleibt und nur das Gebäude selbst verkauft wird (quasi eine Variante des Erbbaurechts), was den Preis erheblich senkt und die Immobilie somit auch für Leute mit mittlerem Einkommen interessant macht.

Es gäbe gewiss genügend Interessierte für ein Innenstadthaus, wenn es denn erschwinglich wäre. Die Einsicht auch auf Staatsebene, dass wir dringend Flächen sparen müssen, ließ bereits viele Fördertöpfe für die städtische Innenentwicklung entstehen, denen sicherlich noch weitere folgen werden. Diese gilt es zu nutzen!

### KIK:

#### Ohne Personal geht nichts

Eine verbesserte städtische Wohnraumplanung kann nur mit einem gezielten Personalaufbau in der Bauverwaltung bzw. der BauGmbH umgesetzt werden.

Denken Planen Machen



Die neu installierte Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Seniorenheimes musste wieder abgebaut werden.

## Altstadt: Gestaltungssatzung veraltet

**Schon im Jahr 2014 machte sich die KIK mit ihrem Antrag Nr. 162 dafür stark, die Gestaltungssatzung für die Innenstadt zu überarbeiten und PV-Anlagen an nicht störenden Standorten zuzulassen. Leider wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.**

Ein aktuelles Beispiel zeigt wie unsinnig das Regelwerk in diesem Bereich zur Anwendung kommt. Im Frühjahr 2019 wurde eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des neu errichteten Seniorenheimes auf dem Grundstück des ehemaligen Gasthofes Tauber (Goldener Löwe) Ecke Würzburger-/Lindenstraße angebracht. Schon nach wenigen Tagen konnte der erstaunte Kitzinger jedoch feststellen, dass die PV-Anlage wieder abgebaut worden war.

Auf Nachfrage des KIK-Stadtrates Steinruck im Bauausschuss wurde auf die Kitzinger Gestaltungssatzung verwiesen, die es nicht erlaubt, dass Solarzellen auf innerstädtischen Dächern angebracht werden. Wohlgedemerk: Die Anlage befand sich auf der Dachseite, die Richtung Bundesstraße 8 ausgerichtet ist und störte somit in keinsten Weise das Altstadtbild.

### Die KIK meint:

Diese anachronistische Vorschrift der Satzung gehört in die Tonne und sollte durch eine zeitgemäße Regelung ersetzt werden. Warum sollte es in der Altstadt nicht möglich sein ein Haus mit einer PV-Anlage zu versehen, so lange diese nicht das historische Stadtbild stört.



## WOHNUNGSLEERSTAND

### Das Gespräch mit Bürgern eröffnet Möglichkeiten

**Wieviele Wohnungen in Kitzingen leer stehen, will die Stadt momentan nicht ermitteln. Sicherlich ist so eine Inventur nicht einfach und sehr arbeitsintensiv. Aber das Ergebnis wäre in vielerlei Hinsicht mehr als nützlich.**

Sind es nun die 2014 in einem Gutachten ermittelten 8,6% Wohnraum-Leerstand oder sind die 6,1% des Bayerischen Landesamtes für Statistik zutreffend oder die 5,7% auf landatlas.de? Wieviele Wohnungen hat Kitzingen eigentlich insgesamt? Die Zahlen schwanken zwischen 9.928 und 10.400. Sofern diese stimmen, stünden in Kitzingen zwischen 570 und 860 Wohnungen leer, zusätzlich zu den noch nicht am Markt angebotenen Wohnungen der Marshall-Heights.

### Eigentümer überzeugen

Es gälte zu klären, ob es unter diesen Umständen überhaupt sinnvoll ist von Seiten der Kommune Wohnungen zu bauen. Oder sollte man versuchen die Eigentümer von Leerständen zu überzeugen, ihre Immobilie zu sanieren oder sie der Stadt zu vermieten oder gar zu verkaufen? Wir reden hier nicht von Enteignung, wie die Kollegen der CSU es gerne darstellen.

### Bauberatung für Eigentümer

Wir reden von aktiver Kontaktaufnahme der Stadt mit den entsprechenden Bürgern. Nur im Gespräch und bei gezielter Beratung über Fördermöglichkeiten und Hilfestellungen kann man die Immobilienbesitzer möglicherweise davon überzeugen, den Wohnraum zu reaktivieren.

Eine Servicestelle, die Eigentümern unbürokratisch und zeitnah Informationen zu den Nutzungsmöglichkeiten ihrer Immobilie gibt, wäre wünschenswert.

Manche Kommunen bieten auch an, den Hausbesitzern gegen eine Gebühr den Aufwand für Mieterauswahl, Mietzinseinzug und Betriebskostenabrechnung abzunehmen.

### Die KIK meint:

Auf die Bürger zuzugehen und gemeinsam Lösungen zu suchen, sollte immer die erste Option für die Stadt Kitzingen sein.

### Ein Plan muss her

Doch dazu braucht man unerlässlicherweise die entsprechenden Daten, auch wenn die Beschaffung viel Arbeit macht. Dann kann die Stadt eine gezielte Planung auflegen, wie eine sinnvolle kurz-, mittel- und langfristige Wohnungspolitik aussehen kann.

## Versorgungszentrum in den Marshall Heights



**Nachdem inzwischen 6 Wohnblocks und alle Texashäuser in den Marshall Heights bewohnt sind, will der Eigentümer dort ein Zentrum zur Nahversorgung des Gebietes bauen.**

Georg Wittmann beantragte daher im November 2019 eine „Galerie“ mit Supermarkt, Metzger, Bäcker und Gastronomie, aber auch mit medizinischen Versorgungseinheiten wie Arztpraxen, Fußpflege, Apotheke etc. bauen zu dürfen. Die vorgesehene Fläche für den 3-stöckigen Komplex mit ca. 8500 qm Nutzfläche soll von den Marshall Heights, aber auch von der B8 aus zugänglich sein.

### Signal der Zustimmung

Bei einem ersten Fraktionsvorsitzendentreffen wurden etliche Fragen zu dem Projekt laut, die der Investor anhand seines Planungsentwurfs bei einer zweiten Sitzung ausgiebig beantwortete. Daraufhin bestand Konsens, das das notwendige Genehmigungsverfahren eingeleitet werden sollte. Stadtverwaltung und Bauamt schlugen vor zuerst die Träger öffentlicher

Belange zu hören, um verkehrstechnische und baurechtliche Aspekte zu klären, bevor man an die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes gehen könne. Die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden signalisierte ihre Zustimmung zu diesem Procedere, das nun im Stadtrat beschlossen werden sollte.

### Beschlussfassung vertagt

Aber wie so oft entwickelte sich der Fortgang der Dinge ganz anders. Ein Dringlichkeitsantrag von Stadträtin Schmidt auf Absetzung des Tagesordnungspunktes wegen bestehendem Gesprächsbedarf und die Verweisung in den Stadtentwicklungsbeirat fand nun eine Mehrheit im Rat.

### Wie geht es weiter?

Aber was hat man mit der Verschiebung der Entscheidung erreicht, die ja nur die Einleitung des Genehmigungsverfahrens und damit verbunden die Prüfung aller relevanten Details bedeutet hätte. Stadträtin Schmidt geht es in

erster Linie um den Schutz des innerstädtischen Einzelhandels und führt das Einzelhandelsgutachten an, bei dessen Erstellung die Marshall Heights nicht berücksichtigt wurden, weil sie noch nicht wieder bewohnt waren. Eine Überprüfung des Vorhabens unter Beteiligung der Einzelhandelsverbände war folgerichtig auch Teil des in der Sitzung durch die Verwaltung vorgelegten Beschlussentwurfes. Also was will man Neues besprechen und diskutieren? Soll ein neues Gutachten in Auftrag gegeben werden? Verzögerung: Mindestens weitere 9 Monate. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass man gerade bei diesem Investor immer wieder versucht so viele Steine wie möglich in den Weg zu legen.

Für den Stadtentwicklungsbeirat, in dem im Übrigen fast die selben Personen sitzen wie bei den Fraktionsvorsitzenden, wurde bisher noch kein Termin festgelegt. Der zuständige Referent Stadtrat Rank ist auch ein strikter Gegner des Vorhabens.

## URBAN MINING – Was ist das???

Eine in die Tiefe gehende Exkursion zum Thema Rohstoffrückgewinnung und digitale Datensammlungen

In Zeiten, in denen die Entsorgungskosten für Bauschutt explodieren und Rohstoffe knapp werden, gewinnt das Recycling von Baumaterialien zunehmend an Bedeutung. Die effektive Rückgewinnung von Rohstoffen wird zu einer gewinnträchtigen Branche der Zukunft werden.

### EU schreitet voran

Neu ist die Idee nicht, dass man zukünftig die Städte als Ressourcenquelle sehen und nutzen wird. Die EU-Kommission erlegte ihren Ländern bereits 2011 einen Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa auf und forderte Strategien zur effektiven Rückgewinnung von Rohstoffen. Österreich arbeitet seit 2011 mit einem Aktionsplan an dieser Herausforderung. Bereits 2012 startete ebenfalls in Deutschland im Bundesumweltamt das sogenannte „Ressourceneffizienzprogramm“. Das Thema „Urban Mining“ nimmt immer mehr Fahrt auf. Inzwischen werden Städte und Siedlungen nicht nur vom Bundesumweltamt als wertvolle Rohstoffminen betrachtet. Unsere Gesellschaft wird zukünftig auf die Rückgewinnung und das systematische Management von Sekundärrohstoffen und wiederverwertbaren Strukturen angewiesen sein.

Laut Bundesumweltamt lagern in Deutschland auf Deponien bereits mehr Rohstoffe als in natürlichen

Quellen. Kluges Materialmanagement beginnt bestenfalls schon in der Produktion: Wenn z.B. bei der Bauplanung die Wiederverwertung der Rohstoffe gleich mitgedacht wird.

### Der Überblick macht's

Dafür brauchen wir einen klaren Überblick über den Gesamtbestand aller verbauter Materialien. Diese Informationen liegen aber weitgehend noch im Dunkeln: Wo wurde wann welches und wieviel Material verbaut? Wann wird was davon frei für die nächste Verwertung? Wann sind wo welche Materialströme zu erwarten? Wie gewinnt man diese für die nächste Wiederverwendung?

Nur einige wenige deutsche Städte arbeiten bei Neubauten schon seit geraumer Zeit daran, diese Informationen für die zukünftige Nutzung zu speichern.

Durch das Voranschreiten digitaler Technik und Vernetzung wäre es nun für alle Kommunen möglich diese benötigten Basisinformationen zu generieren und in Datenbanken systematisch einzuspeisen. Dabei sind die fertig entwickelten Systeme wie BIM und EPD (s. Kästen) unverzichtbar.

Jede Gemeinde – auch Kitzingen – sollte sich ab sofort aktiv in diesen Prozess einbringen. Dann wäre auch das neue Label „Grüne Stadt im Fluss“ mit Inhalt gefüllt.

**KIK setzt sich für den Umweltschutz ein!**

*Deshalb Liste KIK wählen!*

### Was ist BIM?

BIM (Building Information Modeling) definiert alle strukturellen Abläufe innerhalb des Planungsprozesses als ein zusammenhängendes, virtuelles Bauwerksmodell, das über die verschiedenen Phasen der Planung, Erstellung und Nutzung fortgeschrieben wird. In diesem 3D-Modell sind alle relevanten Gebäudedaten und Eigenschaften als sogenannte BIM-Objekte abgebildet.

Auf diese Informationen, in denen alle Baudetails aufgeführt und vernetzt sind, können alle Beteiligten (Planer, Bauunternehmen, Architekten, Ingenieure) jederzeit zugreifen, was letztlich die Kommunikation und somit den Planungsprozess verbessert sowie Kosten reduziert.

In vielen Ländern ist die Bauplanung mit Building Information Modeling bereits gesetzlich vorgeschrieben. Inzwischen wird die Anwendung dieser EU-Richtlinie auch in Deutschland ab 2020 bei öffentlichen Bauten zur Pflicht.

### Neuheiten – Nein danke!!

**KIK hatte beantragt die neue Planungsmethode BIM (s. Kästen) auch im Stadtbauamt einzuführen und die Planung der Wohngebäude in der Breslauer Straße sowie alle zukünftigen Projekte mit dieser digitalen Methode umzusetzen.**

Der KIK-Antrag wurde erwartungsgemäß von der Stadtratsmehrheit abgelehnt. Begründung: Zu wenig Personal, zu kompliziert.

Die Stadt Kitzingen verweigert sich wie meistens jeglicher Neuerung. Ohne gesetzlichen Zwang von oben ist man für die Errungenschaften des digitalen Zeitalters nicht bereit. So bleibt Kitzingen ein „Nachreiter“, wie eh und je.

### Was ist EPD?

EPD steht als Kürzel für Environmental Product Declaration, also für Umwelt-Produkt-Deklaration. Zukünftig werden Gebäude auf ihre ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte hin betrachtet und bewertet. Die EPD beschreibt Baustoffe, Bauprodukte oder Baukomponenten im Hinblick auf ihre Umweltwirkungen auf Basis von Ökobilanzen sowie ihre funktionalen und technischen Eigenschaften. Diese Informationen beziehen sich auf den gesamten Lebenszyklus des Bauprodukts. Deshalb bilden EPDs eine wichtige Grundlage für die Nachhaltigkeitsbewertung von Bauwerken.



**Als Oberbürgermeister Müller 2008 mit dem Slogan „Von der Garnisonsstadt zur Innovationsstadt“ zur Wahl antrat, hatten wohl viele Bürger gehofft, dass sich in Kitzingen jetzt in Sachen Zukunftsplanung endlich etwas Entscheidendes tut.**

Nach zwei Amtsperioden ist es nun Zeit Bilanz zu ziehen. Mit Enttäuschung muss festgestellt werden, dass sich die Erwartungen in keinster Weise erfüllt haben. Im Gegenteil: Kitzingen ist durch den fehlenden Gestaltungswillen des Rathauschefs weit davon entfernt innovativ zu sein. Da hat so manche Gemeinde im Umkreis mehr zu bieten als die „Große Kreisstadt“.

Gleichzeitig mit der Abdankung des OB wird die Ära „Innovationsstadt Kitzingen“ enden, bevor sie begonnen hat, denn kürzlich wurde auf Vorschlag der Stabsstelle bereits ein neuer Slogan beschlossen.

### Packung ohne Inhalt

Am 5. Dezember fand nach einem sechsjährigen! Marketingfin-

dungs-Prozess der Slogan „Die Grüne Stadt im Fluss“ im Stadtrat eine Mehrheit.

Dass ein Slogan nicht nur eine leere Worthülse sein sollte, sondern die Verpflichtung und den Willen die Verpflichtung und den Willen beinhaltet eine Stadt entsprechend zu gestalten, ist wohl vielen Stadträten nicht bewusst.

Das Image einer Stadt muss mit entsprechenden Maßnahmen erarbeitet werden. Ein Slogan nützt nichts, wenn die Aussage nicht mit der Realität übereinstimmt. Sonst wirbt man mit einer Packung ohne Inhalt.

### Das Prädikat Grün verpflichtet

Bis heute jedenfalls hat Kitzingen das Prädikat „grün“ nicht verdient – es sei denn, man begnügt sich damit, dass die Wiesen entlang des Maines grün sind.

Wenn es in der Stadtpolitik in den vergangenen Jahren um grüne Themen ging, ließ die Dynamik des Stadtrates hier zukunftsweisend voranzugehen jedenfalls stark zu wünschen übrig.

### Grüne Anträge in der Tonne

Anträge zur Vernetzung der in

und um Kitzingen bestehenden Grüngürtel, zum Verbot der Verwendung von Glyphosat auf verpachteten städtischen Ackerflächen, Anträge zum Einsatz von regenerativen Energien, Energienutzungskonzept etc. etc. wurden jeweils erfolgreich niedergestimmt oder verschleppt.

Der Umweltbeirat wurde von dem zuständigen Referenten Franz Böhm in den vergangenen 6 Jahren sage und schreibe ein einziges Mal einberufen – das allein zeigt, welche Wertigkeit grüne Themen in der Stadt Kitzingen haben.

### Nomen est Omen??

Soll „Die Grüne Stadt im Fluss“ ihren Namen mit Recht tragen, müsste nun ein großer Ruck durch Fraktionen und Verwaltung gehen. Im Sinne der Ökologie müsste sich ein radikaler Wandel in den Köpfen einstellen, damit wir das vielversprechende Adjektiv auch nach außen sichtbar machen können.

**Die KIK bleibt jedenfalls am Ball und wird weiterhin grüne Innovationen einfordern.**

# Stiefkind Umwelt

**Die Aktivität des Umweltreferenten Franz Böhm (Fraktion Pro Kitzingen) ging in der vergangenen Stadtratsperiode gegen Null: Ein einziges Mal in 6 langen Jahren berief er im Mai 2019 das Gremium ein!**

Anlass war ein Antrag der ÖDP, der explizit den Umweltbeirat aufforderte, Maßnahmen zur Stärkung der Artenvielfalt mithilfe externer Fachleute zu erarbeiten.

### Nur Ungemach für Franz B.

Schon die erste Sitzung des Gremiums brachte Böhm nur Ungemach. Die Mehrheit im Umweltbeirat beschloss eine Empfehlung an den Stadtrat das Spritzen mit

Glyphosat auf den an Landwirte verpachteten städtischen Ackerflächen (ca. 120 ha) zu verbieten und Gewässerschutz- bzw. Blühstreifen zu verlangen. Dies rief Stadträtin und Ex-Kreisbäuerin Gertrud Schwab auf den Plan, die mit aller ihr zur Verfügung stehenden Vehemenz (und das ist eine ganze Menge) gegen diesen Vorschlag wetterte. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: Der OB erklärte, er habe nicht genügend Personal, um die bestehenden 165 Pachtverträge fristgerecht zu kündigen und dann entsprechend modifizieren zu lassen.

Nun war Umweltreferent Böhm wieder am Zug. Das Problem: Er wollte sich keinesfalls in irgendwelche Nessel setzen und fürchtete sich auch ein bisschen vor den Schwab'schen Emotionsausbrüchen. Naturschutz oder Everybody's darling? Wofür entschied sich also Franz Böhm?? Unerwartet kam ihm der OB zu Hilfe, der anstelle des Umweltbeirates die Bildung eines „Runden Tisches“ wollte.

### Neuer Vorsitz

Gerne überließ Böhm im Folgenden Claudia Biebl, ihres Zeichens Stabsstelle des Oberbürgermeisters, den Vorsitz bei zwei Runden Tischen mit verschiedenen Interessensvertretern von Landwirtschaft und Naturschutz.

### Ergebnis: Wasch´ mich, aber mach´ mich nicht nass!

Zusammen mit einer groben „Themensammlung als Basis für eine weitere Gesprächsrunde zur Erarbeitung konkreter Maßnahmen“, leitete sie einen Vorschlag an den Stadtrat weiter, wie die Pachtverträge zukünftig gestaltet werden könnten.

### Zitat Schreiben Biebl:

Bei neuen Pachtverträgen sind folgende Ergänzungen aufzunehmen:

„Die Verwendung von Glyphosat wird von der Stadt Kitzingen nicht befürwortet und ist zu unterlassen.“

„Ein Blühstreifen ist – soweit es die örtlichen Gegebenheiten zulassen – anzulegen.“

„Gewässerschutzstreifen sind - soweit es die örtlichen Gegebenheiten erfordern – von der Bewirtschaftung frei zu halten.“

Im Vorfeld ist dies mit dem jeweiligen Pächter zu besprechen und evtl. eine Ortseinsicht durchzuführen.

Vorschlag für das Vorgehen bei bereits bestehenden Pachtverträgen: Verzicht auf Glyphosat auf freiwilliger Basis mit dem Hinweis, dass der Einsatz von der Stadt Kitzingen nicht befürwortet wird.

Soweit es die örtlichen Gegebenheiten zulassen, soll ein Blühstreifen angelegt werden. Die Stadt Kitzingen legt großen Wert darauf.

PS: Seit September 2019 ist nichts mehr passiert!



### IMPRESSUM

**KIKERIKI**

Einzig unabhängige und kostenlose Zeitung für den kritischen Bürger. Zu Risiken beim Lesen sowie zu Nebenwirkungen auf Ihre Weltanschauung fragen Sie Ihre KIK-Stadträte.

Info unter: [www.kik-Kitzingen.de](http://www.kik-Kitzingen.de)

ViSdP: Renate Haass, Marshall-Height-Ring 64 97318 Kitzingen